

**IMPRESSUM**  
Herausgeber, Gesamtherstellung und Vertrieb: Institut für angewandte Kulturforschung (Ifak) e.V. • Wilhelmsplatz 3 • D-37073 Göttingen • Fon (+49/0) 551/48 71 41 • Fax (+49/0) 551/48 71 43 • E-mail: ifak@comlink.org • Internet: www.ifak-goettingen.de • Redaktion: Axel Goldau • Kritische Ökologie • Malleserstraße 99k • D-12249 Berlin • Fon (+49/0) 30/76 70 34 98 • Fax: (+49/0) 30/76 70 34 98 • Email: redaktion@kritische-oekologie.de • ISBN: 3-925862 • ISSN: 0945-106X • Layout & Gestaltung: Karin Gregusch • ABO: privat ab 10 EURO; Institutionen 20 EURO • Konto ifak/kritische ökologie: 505 607 47 • Sparkasse Göttingen • BLZ 260 500 01 • Dieses Konto ist zugleich Spendenkonto. Spenden für die Kritische Ökologie an das Ifak können von der Steuer abgesetzt werden.

# Gentechnik in Deutschland

## Industrie, Behörden und Politik – Filz unter Ausschluss der Öffentlichkeit



### Der Kommentar

Druck und Gegendruck – Reaktionen auf den Gentech-Widerstand durch Staatlichkeit und Wirtschaft

### Debatte

Energiewende zwischen infantilen Phantasien und Ernüchterung

### Lebensräume Wüste

Begegnungen mit der Natur der Westsahara

# Der Kommentar

## Druck und Gegendruck – Reaktionen auf den Gentech- Widerstand durch Staatlichkeit und Wirtschaft

Kommentar von Christian Pesek Pratz<sup>1</sup>

Durch den massiven Widerstand großer Teile der Bevölkerung gegen die Agro-Gentechnik konnte der Versuch ihrer Einführung in den 90-ern auf Jahre verzögert werden. Da durch die Konzerne bereits viel Geld in dieses Geschäftsfeld geflossen ist, wäre eine weitere langjährige Verzögerung mehr als ein bloßes Ärgernis. Ein subjektiver Streifzug durch die Geschichte des Widerstandes gegen Gentechnik und darauf folgender Repressionen.

### Legalisierung der Gentechnik und erster Widerstand

Steine des Anstoßes waren die ersten »Freisetzungen«<sup>2</sup> gentechnisch veränderter (gv) Pflanzen in der Geschichte der BRD. Nachdem die damals noch vorgesehenen öffentlichen Anhörungen bei den gv-Zuckerrübenversuchen der Saat-zuchtfirma KWS<sup>3</sup> in Südniedersachsen und Franken wegen des starken Wider-spruchs gegen die »Freisetzungen« meh-

rere Tage andauerten, wurde diese Mög-lichkeit einer Bürgerbeteiligung in der nächsten Gesetzesänderung sogleich ab-geschafft. Diese und die folgenden »Frei-setzungen« von gv-Pflanzen waren An-lass für eine Vielzahl von teils mehrere Anbauperioden aufeinander folgende Besetzungen der Versuchsflächen. Erste Befreiungen der Felder von ihrer trans- genen Saat folgten. Als dann Ende der 90er die Empörung über den Versuch einer rücksichtslosen Überschwemmung des europäischen Futtermittelmarktes mit gentechnisch veränderter Soja hoch schlug, sahen sich die führenden Gentech-Konzerne genötigt, ihre Vor-

gehensweise gemeinsam zu überdenken. Mit Hilfe von Burson-Marsteller, »der globalen Agentur für strategische Kom-munikationsberatung und Krisenkom-munikation« (Selbstdarstellung) ka-men diese 1997 überein, die öffentliche Wahrnehmung von den Gefahren der Technik abzulenken und stattdessen de-ren erdachte segensreiche Möglichkei-ten zu preisen. Zudem sollten fortan gezielt scheinbar unabhängige Wissenschaf-ter und Institutionen für die Gentech-nik agitieren, damit die Konzerne selbst nicht weiter um die mangelnde Akzep-tanz werben müssten.

<sup>1</sup> Christian Pesek Pratz ist Feldbefreier und studiert als Landwirt derzeit ökologische Agrarwissen-schaften. Ende September saß er eine zweiwöchige Haftstrafe wegen Beteiligung an der durch »Gendreck weg« organisierten Feldbefreiung ab.

<sup>2</sup> Freisetzung laut EU-Richtlinie 2001/18/EG ist eine »absichtliche Freisetzung«: »jede Art von ab-sichtlichem Ausbringen eines GVO oder einer Kombination von GVO in die Umwelt, bei dem keine spezifischen Einschließungsmaßnahmen angewandt werden, um ihren Kontakt mit der Bevölkerung und der Umwelt zu begrenzen und ein hohes Sicherheitsniveau für die Bevölkerung und die Umwelt zu erreichen«. Siehe auch von G. GOETTKE über S. SAMERSKI »GEN-Versuche. Die Freisetzung ge-netischer Begrifflichkeiten« in taz Nr. 6534 vom 28.8.2001: »Das autoritäre Auftreten der neuen Exper-tenelite und die Überschwemmung der Öffentlichkeit mit einem bedeutungsschwanger klingenden, unüberprüfbar Wissenschaftsjargon führt wunschgemäß zur Übertölpelung.«

<sup>3</sup> KWS: früher Kleinwanzlebener Saat-zucht AG, heute KWS SAAT AG; deutscher Gentechnikpionier und mittlerweile der viertgrößte Saat-zucht-konzern der Welt

<sup>4</sup> Moratorium: 1999 verabredeten die Umweltminister, dass bis zum Inkrafttreten der neuen Freiset-zungsrichtlinie (VO EG/18/2001) keine neuen gentechnisch veränderten Pflanzen mehr zugelassen würden. Jedoch bis zum Erlass der Verordnung zur Rückverfolgung und Kennzeichnung von GVOs (VO EG/1830/2003) und der Verordnung über genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel (VO EG/1829/2003) weiter aufrecht erhalten: Mit Zulassung der Konstrukte BT-11 als Lebens- und Futter-mittel und MON810 für den Anbau wurde das Moratorium 2004 aufgehoben.



Abb. 1: Widerständige Vielfalt, Kitzingen 2008. Foto: Bernd Gaspar

Bevor diese Bemühungen sich jedoch voll entfalten konnten und erste Früchte trugen, trat ab 1999 ein teilweises Moratorium<sup>4</sup> in Kraft, welches sich jedoch nur auf Neuzulassungen von gentechnisch veränderten Pflanzen für Futter- und Lebensmittel sowie für den kommerziellen Anbau bezog. Die gv-Freisetzungsversuche fanden weiterhin statt und nahmen in ihrer Anzahl sogar bis zu einer Spitze von 506 gemeldeten Standorten im Jahr 2001 zu. Damit einher ging ein zaghafter Anstieg von Feldbefreiungen (19 Zerstörungen von gv-Versuchsfeldern im Jahr 2000), was jedoch zu Anfang des neuen Jahrtausends wieder einzuschlafen schien.

Eine der Folgen dieser Versuche sind die andauernden Nachkontrollen bei Feldern, auf denen ein Anbau von transgenem Raps stattfand. Seit nun mehr als zehn Jahren keimen dort stetig neue gv-Pflanzen. Die Antwort der Industrie auf diese vorhersehbaren Zeugnisse der Unkontrollierbarkeit von gv-Pflanzen ist die immer wiederkehrende Forderung nach Schwellenwerten und damit dem Recht auf gentechnische Verunreinigungen. Dies würde dem von der Industrie gewünschten Effekt einer Gewöhnung der Bevölkerung an Gentechnik in mehrfacher Weise entgegen kommen: Zum einen würde eine gv-Verunreinigung unterhalb der magischen Grenze nicht zu einer auch wirtschaftlich unangenehmen Skandalisierung führen. An-

ßerdem erhoffen sich die Anhänger der größtmöglichen Gewinnmaximierung über diese Duldung von Gentechnik in festgeschriebenen und bei Bedarf veränderbaren Grenzen die mittelfristige Aufgabe der ablehnenden Haltung von Verbrauchern und Landwirte durch eben diese schleichende faktische Einführung.

## Gegen den Willen der Bevölkerung

Der anhaltenden Ablehnung zum Trotz wurde Ende April 2004 das erste gentechnisch veränderte Pflanzenkonstrukt für den kommerziellen Anbau zugelassen. Diese politische Ignoranz nahmen ImkerInnen und LandwirtInnen zum Anlass, um 2005 im deutschsprachigen Raum erstmals mit vorheriger öffentlicher Ankündigung auf Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu gehen und diese gewaltfrei unschädlich zu machen – die Initiative »Gendreck weg« war gegründet. Im ersten Jahr der öffentlichen Feldbefreiungen war es durch die massive Polizeipräsenz nur zwei Menschen möglich, auf ein MON810-Feld zu gelangen, um dort zu »arbeiten«. Da dies

von den Polizisten unbemerkt geschah, kam es nicht zu Verhaftungen.

Im Jahr 2006 gewann der Widerstand ein Fahrt: neben einigen nächtlichen Feldbefreiungen wurde wieder eine öffentliche Feldbefreiung von »Gendreck weg« auf kommerziell angebauten MON810 Feldern organisiert. Unterstützt von den Klängen der Musik-Aktionsgruppe »Lebenslaute« konnten zwei Dutzend Personen ihre Ankündigungen in die Tat umsetzen und wurden deswegen von Polizisten festgenommen. Ähnlich erging es AktivistInnen in Oberboihingen, die ein Mais-«Versuchsfeld» der Firma Pioneer besuchten und bei dem gv-Gerstefeld der Universität Gießen. Wobei die Gießener FeldbefreierInnen »vorsorglich« gleich mehrere Tage inhaftiert wurden.

Die Versuchsbetreiber brachten anfanglich abenteuerliche Schadenszahlen ins Spiel: für 2 m<sup>2</sup> zerstörte Gengerste sollte ein Schaden von 500.000 EUR entstanden sein. Pioneer gab sogar zehn Millionen Euro Schaden wegen entgangener Markteinführung an.

Im Prozess zur Oberboihinger Feldbefreiung forderte die Staatsanwaltschaft im Januar 2007 ursprünglich noch 150 Tagessätze und ging von einem Mindestschaden von über 30.000 EUR aus. Mit der Hilfe zahlreicher UnterstützerInnen konnte ein entschlossener Prozess geführt werden, in dem auch nachgewiesen wurde, dass die von der Staatsanwaltschaft und den universitären Versuchsbetreibern veranschlagte Schadenshöhe völlig überzogen war. Gegen das Urteil von 30 Tagessätzen wurde von allen Parteien Berufung beantragt. Nachdem das Oberboihinger Feld Wochen später von AktivistInnen besetzt wurde, sah sich die Leitung der Universität Nürtingen durch das anwachsende Interesse der Bevölkerung genötigt die Versuche für die nächsten 5 Jahre abzusagen.

Dies war nur eine der zahlreichen erfolgreichen Aktionen des Widerstandsfrühlings 2008. Auch das Gießener gv-Gerstefeld sowie das MON810-Feld in Groß Gerau wurde nach einer Besetzung abgesagt. Da örtliche Initiativen die anderen beiden »Versuche« in Niddermöllrich und Rauischoldshausen im vor hinein mit stetigem Druck verhindert hatten, war Hessen damit im



Abb. 2: Beim Maistausch gekesselt. Foto: »Gendreck weg«

Jahr 2008 gentechnikfrei. Im Fall der Besetzung des Northeimer »Versuchsfeldes« wusste sich der Gentechnikpionier KWS Saat AG angesichts des täglich steigenden Medienechos nicht anders zu helfen als unter der Inanspruchnahme mehrerer Hundert MitarbeiterInnen und PolizistInnen, mit einer Aussaat der gv-Rüben Fakten zu schaffen. Eine Überförderung anderer Art zeigte sich bei den PolizistInnen durch die brutale Räumung des kurz zuvor besetzten Feldes bei Bütow wo der Chemiekonzern BASF großflächig gv-Kartoffeln vermehren lässt. Mittels Gewalt unterschlugen sie die Pressefreiheit, verhinderten die Wahrnehmung anwaltlicher Rechte und gefährdeten die AktivistInnen auf fahrlässige Weise.

Die Kitzinger Bevölkerung nahm die wie auch in den Vorjahren durch »Gendreck weg« offen angekündigte Feldbefreiung 2008 bei Würzburg dankbar auf. Offenbar angeregt durch diese wurde sich der durch öffentlichen Druck bereits von angekündigten 112 Hektar auf tatsächlich 12 Hektar geschrumpfte fränkische Genmaisfläche in nächtlicher Arbeit angenommen. Neben vielen weiteren gv-Feldern konnte auch endlich der umstrittene gv-Weizen auf dem Gelände der Genbank Gatersleben unschädlich gemacht werden.

Dass Polizei und Gerichte dem berechtigten Widerstand nicht unterstützend begegnen, darf nicht verwundern.

Wenn auch Einzelne Verständnis äußern, setzen diese nicht urplötzlich die Erfüllung Ihrer Pflicht aus. Selbst wenn dies bedeutet, die Interessen weniger internationaler Konzerne gegen die eigenen und der weiter Bevölkerungskreise durchzusetzen. Zu groß ist die Gefahr, dass sich der Erfolg selbst organisierten Widerstandes herum spricht und die Menschen zu eigenständigem Handeln motiviert. Bei den scheinbar Verständnis zeigenden RichterInnen scheint die Furcht vor einem möglicherweise die Karriere und gesellschaftliches Ansehen schädigenden couragiertem Urteilspruch zu groß.

## The Empire Strikes back

In den Prozessen zu den von »Gendreck weg« öffentlich geladenen Feldbefreiungen in Altreetz und Badingen, urteilten die RichterInnen die AktivistInnen fließbandmäßig ab. Das Vorhandensein eines »rechtfertigenden Notstandes« wurde mit der Begründung abgelehnt, dass eine tatsächliche Gefahr durch die Agrogentechnik wie auch die Wirksamkeit von Feldbefreiungen nachrangig, da es mildere Mittel gebe um dem Recht auf gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel Geltung zu verschaffen. Die-

se Begründung blendet die zahlreichen Demonstrationen mit teilweise mehreren Tausend Menschen, die unzähligen Unterschriftenlisten, Informationsveranstaltungen und Streitgespräche völlig aus. Darüber hinaus dürfen nach diesem Verständnis politische Ausdrucksmittel einzig appellartigen Charakter annehmen.

In der Prozessserie in Kitzingen bei Würzburg lehnte der Richter bisher alle Beweisangebote zur Gentechnik mit zynischem Desinteresse als private Meinung ab, dabei wurde die Höhe des Urteils teilweise wegen Missachtung der richterlichen Autorität auf bis zu 70 Tagessätze erhöht.

Noch schärfer spitzte sich die Entwicklung im Gießener Feldbefreiungsprozess zu: Während im Vorfeld des Verfahrens die Staatsanwaltschaft bei zwei der vier FeldbefreierInnen nach Zahlung einer Geldstrafe das Verfahren einstellte, bekamen die übrigen zwei nach einem skandalösem Prozess jeweils die von der Staatsanwältin geforderten sechs Monate Haft auferlegt. Das fragwürdige Verhalten des Richters musste schließlich durch die Staatsanwältin gedeckt werden, die mit ihrer widersprüchlichen Berufung eine Revision verhinderte. So konnte nicht überprüft werden, ob der Richter durch sein Verbot die Gefahren der Gentechnik zu thematisieren und mit seinem Ausschluss der Öffentlichkeit wie auch eines der Angeklagten von der Verhandlung verfahrensrechtlich unzulässig handelte.

In der Berufung am Landgericht Gießen wurden wiederum nach einigen Verhandlungstagen mit einem Richter, der scheinbar in Erwägung zog, ob die Bedingungen eines rechtfertigenden Notstandes erfüllt seien, sämtliche Beweisangebote als unbedeutend zurückgewiesen. Der Widerstand gegen die Agrogentechnik sei wegen seiner Erfolglosigkeit unzulässig, da diese Technik sich bereits unwiderruflich überall ausbreite. »Der Geist ist aus der Flasche« so der Richter wörtlich.

Obwohl er betonte, der »Versuch« mit der gv-Gerste sei durch den Versuchsleiter schlampig organisiert worden, verurteilte er die Angeklagten zu sechs Monaten Haft bzw. zu vier Monaten mit



Abb. 3: Imker Michael Grolm auf dem Weg in den Knast. Foto: Jochen Fritz

Bewahrung zuzüglich 120 Arbeitsstunden.

Dass die zuverlässige staatliche Repression der Gentechnikindustrie trotz ihrer Forderung nach Sonderstaatsanwaltschaften für »Verbrechen im Gentechnikbereich« nicht ausreicht, zeigen die juristischen Nachspiele der Feldbesetzungen des Jahres 2009 und auch der Zivilprozess um die Gaterslebener Feldbefreiung von »Gendreck weg«-AktivistInnen. Zunächst veranlassten die Industrievertreter eine rasche Räumung der Besetzungen mit hohem technischem Aufwand, um das erneute An-

wachsen einer kritischen Öffentlichkeit zu verhindern.

Bei den BesetzerInnen des Gentechnikspießpark Üplingen und des Agrobiotechnikum Groß Lüsewitz wurde mit gerichtlich erlassenen Einstweiligen Verfügungen nachgetreten. Durch diese werden den Aktiven unter Androhung eines Ordnungsgeldes verboten, die umkämpften Flächen zu betreten. Hier spielt mit Sicherheit die privatwirtschaftliche Motivation des bekannten Monsanto-Anwaltes eine Rolle, da dessen Honorar von den AktivistInnen bezahlt werden soll. Für diesen Ansatzpunkt spricht

auch, dass einige AktivistInnen nicht mit diesen Forderungen bedacht wurden, da von diesen seiner Meinung nach kein Geld auszupressen ist. In dem Schadensersatzprozess um die Gaterslebener Feldbefreiung versucht ausgerechnet der ehemalige Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt als Anwalt der Gentechnik durch die Forderung von knapp 250.000 EUR Widerständige einzuschüchtern.

Diese Entwicklung überrascht nicht und bietet wiederum einige Ansatzpunkte für entschlossene Kritik. Und es zeigt, dass die Mittel der Gentechniklobby und der sie schützenden Staatlichkeit zwar mitunter zerstörerisch scharf, doch in ihrer Wahl äußerst beschränkt sind. So konnten die gv-Felder der Gentechnikzentren nur unter hohen Sicherheitsbedingungen durchgeführt werden, was die Ausbreitung der Gentechnikindustrie trotz ihrer schier unbegrenzten Geldmittel erheblich einschränkt. Da dies nicht in jedem Fall nützt, wie die Feldbefreiung in Groß Lüsewitz zeigt, werden weitere Freisetzungstandorte aus der BRD verlagert.

Die ersten Haftgänge von Feldbefreierern werden von diesen wiederum genutzt um zu erinnern, dass die Gentechnik gegen den Willen von 80% der Bevölkerung durchgesetzt werden soll. Und dass Widerstand der an der Wurzel ansetzt, die Agrotechnik wirksam verhindert.

## Hinter den Kulissen deutscher Gentechnik!

### Warum alle Anträge auf Gen-Experimente genehmigt werden:

Chef der Genehmigungsbehörde BVL macht Werbefilme für Monsanto & Co. ... in der Fachkommission sitzen die Versuchsbetreiber ... die Kontrolleure haben ein Manifest unterschrieben, in dem sie die Abschaffung der Kontrollen fordern!

### Wo liegen die High-Tech-Felder der Agrotechnik?

Die dubiosen Firmengeflechte rund um das AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz (bei Rostock) ... neue Hochburg der deutschen Gentechnik: Schaugarten „BioTechFarm“ in Üplingen (30km westlich Magdeburg) ... hinter ihnen verstecken sich die Konzerne!

### Lobbyverbände der Gentechnik?

InnoPlanta: Behörden, Forschung, Konzerne und Lobbyisten dicht beisammen ... gemeinsame Positionspapiere und Pressemitteilungen für mehr Gentechnik ... Patentschaften für Genmais und Demonstrieren gegen Anarchie!

### Missbrauch von Steuergeldern – PR-Gag Sicherheitsforschung:

Fördermillionen werden mit gefälschten Anträgen ergaunert ... unter dem Deckmantel der Sicherheitsforschung wird an Produkten und neuen Methoden gebastelt ... BVL, Staatsanwaltschaften und MinisterInnen decken die Manipulationen!

[www.biotech-seilschaften.de.vu](http://www.biotech-seilschaften.de.vu)



# Gentechnik in Deutschland: Industrie, Behörden und Politik – Filz unter Ausschluss der Öffentlichkeit

von Jörg Bergstedt



von Jörg Bergstedt

der Öffentlichkeit

Politik-Filz unter Ausschluss

»Die Politik ... ist umschlungen von einem fast undurchdringbaren Geflecht von Experten, Consulting-Firmen, Spezialagenturen, Arbeitsgruppen, Initiativen und den vielfältigen Aktivitäten ihrer Beamten, die gemeinsam mit der Industrie sowohl die Risikobewertung als auch die Risikokommunikation organisieren und dabei Politik und Öffentlichkeit zu ihrem Spielball machen. Im Zentrum des Geflechts findet man dabei selten die großen Firmen selbst, sondern eher »Spezialagenturen« mit exzellenten Kontakten zu Behörden, Politik, Medien und Konzernen. Sie arbeiten als Tarnkappenstrategen der Industrie, finanziert sowohl durch die öffentliche Hand als auch durch die Wirtschaft, sie haben Netzwerke, Seilschaften und Klüngelrunden auf allen relevanten Ebenen organisiert, die Institutionen der EU-Mitgliedsstaaten infiltriert und eine weitgehende Definitionsmacht errungen.« So fassten 2008 Antje LORCH und Christoph THEN ihre Arbeit über die Verflechtungen in der Gentechnik zusammen.<sup>1</sup> Die Lage hat sich nicht verbessert – im Gegenteil.

## Die Teile des Netzwerkes

Bis zu 80% der Menschen in Deutschland lehnen die grüne Gentechnik ab. Wenn aber, durch die deutsche Regierung, vier VertreterInnen in die für Gentechnikfragen zuständige europäische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit EFSA entsandt werden, so sind das 100% GentechnikbefürworterInnen. Und das ist kein Einzelfall: In den zuständigen Behörden und Ämtern sind alle Führungspositionen mit BefürworterInnen der Gentechnik ausgestattet. Skeptische oder kritische Stimmen gibt es in Kommissionen, Genehmigungs- und Kontrollbehörden meist gar nicht. Seit Jahren haben die Seilschaften dort ihre Fäden gezogen – mit dem genannten, fatalen Ergebnis. Sie schufen ein enges Geflecht zwischen Konzernen und Kleinstfirmen, Behörden und Fachanstalten, universitärer Forschung und deren Geldgebern sowie einflussreichen Lobbyverbänden, die für die Gentech-



Etwas 80% der Bevölkerung in Deutschland lehnen Gentechnik in der Nahrung ab. (Foto: J. Gehlhoff)

nik eintreten. Am Anfang dieser Titelgeschichte soll ein Überblick über die Teile des Netzes mit dem klassischen Grundprinzip »Eine-Hand-wäscht-die-andere« stehen.

## Konzerne und Kleinstfirmen: Überall die Finger drin haben, aber nicht auffallen

Es ist etwas Europäisches, sogar spezifisch Deutsches: Die großen Konzerne verstecken sich bei der Gentechnik gern ein bisschen. Es soll nicht auffallen, wie eng Regierungen und Behörden mit ihnen verwoben sind. Doch mit BASF, Bayer und KWS ist es nicht anders wie mit Rüstungs-, Energie- oder Automobilkonzernen, Banken oder Versicherungen. Sie alle sind personell eng verflochten mit Aufsichtsbehörden, nehmen Einfluss über Lobbygruppen und sitzen an den Tischen, wenn Gesetze geschmiedet oder der Kuchen voller Fördergelder verteilt wird. Nur wissen die Gentechnikfirmen, dass ihr Geschäft im Land nicht so beliebt ist wie der Bau von CO<sub>2</sub>-Schleudern auf vier Rädern oder rauchenden Schloten. Darum setzen sie auf eine an-

### Abkürzungen

**BASF:** einst als Badische Anilin- und Soda-Fabrik Mit-Gründerfirma der berechtigten I.G. Farben; heute eine SE: Societas Europaea, eine EU-Variante einer Aktiengesellschaft, die auf den lukrativen Markt der Agrogentechnik drängt.

**BfEL:** Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (Karlsruhe)

**BUND:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (Berlin)

**BVL:** Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Hauptsitz: Braunschweig, Gentechnik-Abteilung in Berlin)

**CO<sub>2</sub>:** Kohlenstoff-Dioxid, das wegen der zügellosen Nutzung fossiler Brennstoffe [Kohle, Erdöl und -gas] in kurzer Zeit und großen Mengen in die Atmosphäre gelangt und dort maßgeblich für den Klimawandel verantwortlich ist.

**EFSA:** European Food Safety Authority (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit mit Sitz in Parma/Italien)

**EIGMO:** Ecological Impact of Genetically Modified Organisms – 4. Biotechnologietagung vom 14-16. Mai 2009 in Rostock

**GV(O):** Genetisch verändert(e) Organismen)

**IPK:** Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (Gatersleben in Sachsen-Anhalt)

**JKI:** Julius-Kühn-Institut (hier: Standort Quedlinburg)

**KWS:** Kleinwanzlebener Saatzucht, heute: KWS Saat AG (Einbeck in Niedersachsen)

**RWTH:** Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (Aachen)

**UIG:** Umwelt-Informations-Gesetz

**VTI:** Von-Thünen-Institut (Braunschweig)

**ZKBS:** Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit

<sup>1</sup> LORCH/THEN (2008): »Kontrolle oder Kollaboration?«, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen (Ulrike Höfken)

**Novoplant ist insolvent**

*Durch Pharma-Erbesen, Novoplant,  
Fand einen starken Duellant,  
Im Institut für Umwelt, München,  
Das antrat um die Erbs zu lücheln.*

*Genehmigt war die Freiland-Zucht,  
Der manipulierten Hülsenfrucht,  
Die Kosten waren hochgeklütert,  
Einwendungen abgeschmettert.*

*Was blieb war nur noch der Protest,  
Der sich bis heut' nur loben lässt,  
Sehr gut geplant und öffentlich,  
Für Menschen, so wie dich und mich.*

*Dann war Investor abgeschreckt,  
Die Kosten waren nicht gedeckt,  
Auch nicht von einer großen Bank,  
Firma pleite – Gott sei Dank.*

Peter Thielen, 2008

Dieses Gedicht haben wir unter: <http://www.schreibwerkstatt.de> gefunden. Wir veröffentlichen es hier mit freundlicher Genehmigung seines Autors.

dere Strategie: Tarnung. Statt selbst zu agieren, dulden und unterstützen sie die Entstehung vieler Kleinstfirmen und regionaler Biotechnologieinitiativen. Hinter diesen stehen dann als Auftrag- und Geldgeber die Konzerne.

Im Vordergrund stehen Firmen und Firmengeflechte wie biovativ, BioOK, Novoplant (inzwischen pleite) oder SunGene, daneben sprießen Gründerzentren für grüne Gentechnik und »Bioparks« mit klangvollen Namen wie AgroBioTechnikum oder BioTechFarm aus dem Boden. Einige von ihnen sind bereits wieder verschwunden – Konkurs oder geschluckt, andere bieten eine bemerkenswerte Überschneidung ihres Personals. So ist die Mathematikerin Kerstin Schmidt die wichtigste Ausführende in Versuchen deutscher Gentechnik. Weitgehend frei vom notwendigen Fachwissen führt sie die Geschäfte der zentralen Firmen biovativ und BioOK am AgroBioTechnikum und auf der BioTechFarm.

Wer genau hinschaut, sieht aber die großen Konzerne hinter den Kleinst-

firmen: Syngenta, BASF und Pioneer kamen auf der 4. EIGMO-Tagung in Rostock mit BVL, JKI und EFSA zusammen. Monsanto sponserte das Treffen. BASF stellte den Wachschatz an den Versuchsfeldern des AgroBioTechnikums. Hartwig Stiebler, Anwalt von Monsanto, vertrat BioTechFarm und biovativ (AgroBioTechnikum) gegenüber KritikerInnen. Pioneer organisierte Busfahrten zur BioTechFarm. Was die Kleinen entwickeln oder durchsetzen, wird später den großen Konzernen dienen. So wäscht eben eine Hand die andere. Die einen streichen ihren Anteil an den vielen Fördergeldern ein, die anderen betreten den dadurch geebneten Weg hin zu großen Profiten.

## Behörden und Kommissionen: Willige Vollstrecker

Die für Freisetzungen von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland (2009 betraf das alle Felder mit GVO) zuständige Genehmigungsbehörde, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) ist bislang eine sichere Bastion für die Gentechnik-anwenderInnen. Abgelehnt wurden ihre Anliegen noch nie. Wer sich die Personen ansieht, wird weniger überrascht sein. Der Chef der Gentechnik-Abteilung, Dr. Hans-Jörg Buhk ist mehrfach auf Messen und in einem Film als Werber für das aufgetreten, was er eigentlich kontrollieren soll. Noch schlimmer: Er hat einen Aufruf unterschrieben, der die Abschaffung der Kontrollen fordert, die er durchführen soll.<sup>2</sup>

Nach dem Gentechnikgesetz gibt eine von Buhk aufgebaute Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS) die wichtigste fachliche Stellungnahme zu allen Anträgen ab. Doch in der ZKBS sitzen viele der Versuchsbe-

<sup>2</sup> LORCH/THEN (2008): Kontrolle oder Kollaboration (S. 43)

## Sie scheuen das Licht: Bundesbehörden verweigern Akteneinsicht

»Jede Person hat nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf freien Zugang zu Umweltinformationen, über die eine informationspflichtige Stelle im Sinne des § 2 Abs. 1 verfügt, ohne ein rechtliches Interesse darlegen zu müssen. Daneben bleiben andere Ansprüche auf Zugang zu Informationen unberührt. Der Zugang kann durch Auskunftserteilung, Gewährung von Akteneinsicht oder in sonstiger Weise eröffnet werden.« So steht es im § 3 des Umweltinformations-Gesetzes (UIG). Informationspflichtige Stellen sind unter anderem die »Regierung und andere Stellen der öffentlichen Verwaltung«. Doch ausgerechnet die Bundesbehörden brechen dieses Gesetz mit einer schockierenden Systematik. Alle (!) angefragten Bundesbehörden verweigerten die Akteneinsicht – allen voran die Behörde in Berlin, die in ihrem Namen »Verbraucherschutz« trägt, aber offenbar genau diese als Feinde sieht, während sie Konzerne vor ihnen schützen will. Skandalöse Ausreden prägten die BVL-Ablehnungen: »Eine Einsichtnahme in diese Unterlagen vor Ort in den Räumen des BVL ist jedoch nicht möglich«, schrieb die Behörde am 8.10.2008 und stellte verzögernde Nachfragen – nach dem geltenden Recht hätte sie innerhalb von 30 Tagen die Akteneinsicht gewähren müssen. Doch erst nach weiteren Schreiben, der Ablehnung und dem formalen Widerspruch am 30.12.2008 folgte der endgültige Bescheid, dass die Akteneinsicht weiter abgelehnt werde: »Der Grund dafür liegt darin, dass wegen der knappen Raumsituation in dem Dienstgebäude in der Mauerstrasse 39-42 ... keine freien Räume zur Verfügung stehen, in denen die Akteneinsicht erfolgen kann.«

Die so abgewiesenen Gentechnikkritiker reichten Klage ein und beantragten dort, »festzustellen, dass die Verweigerung der einfachen Akteneinsicht oder eines anderen kostenfreien Zugangs zu umwelt-

relevanten Daten ein Verstoß gegen das geltende Umwelt-Informations-Gesetz ist.« Die Behauptung, keinen Platz für einen Tisch in der riesigen Behörde zu haben, sei absurd: »Das Umwelt-Informations-Gesetz formuliert einen klaren Anspruch und damit einen Auftrag an die Verwaltung, diesen auch erfüllen zu können. Es kann nicht hingenommen werden, dass die Verurmöglichung dieses Anspruchs jahrelang und auf Dauer zum Alltag einer Verwaltung gehört. Dieses ist umso bedenklicher, als dass es ausgerechnet die oberste Bundesbehörde für Verbraucherschutz ist, die auf diese Art gesetzlich verankerte VerbraucherInnen-Rechte mit Füßen tritt.« (aus der Klagebegründung, Kläger: Jörg Bergstedt)

Das zuständige Verwaltungsgericht in Braunschweig gab dem BVL keine Chance und empfahl ihm, das Verhalten von sich aus zu verändern und die Möglichkeit zur Akteneinsicht zu schaffen. Mit Schreiben vom 26.3.2009 knickte die Behörde ein, um eine Niederlage vor Gericht zu vermeiden. Damit war zumindest dieser fortgesetzte Bruch der VerbraucherInnenrechte durch das Amt, das diese eigentlich sichern sollte, beendet.

Doch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit war nicht die einzige Behörde, die Akteneinsicht verweigerte. Beim Bundessortenamt wurden nur wenige Blätter gezeigt, während das bundeseigene Julius-Kühn-Institut, als Bundesfachanstalt für Pflanzenbau intensiv mit gentechnischen Experimenten beschäftigt, sich grundsätzlich weigerte, Akteneinsicht zu gewähren.

Im Februar 2009 stellten zwei BürgerInnen aus Braunschweig und Umland einen solchen Antrag für die geplanten und laufenden Freisetzungsvorhaben der RWTH Aachen und des JKI. Während die RWTH wie selbstverständlich dem Anliegen zustimmte, lehnte die Bundesinstitution JKI ab. Die absurde Begründung: »Die von Ihnen angesprochenen Versuche werden im Rahmen eines vom BMELV in Auftrag gegebenen und finanzierten Projektes durchgeführt, bei dem es sich um ein Forschungsvorhaben und nicht um einen behördlichen Vorgang handelt.«

Nachdem der Antragsteller Widerspruch einlegte, wiederholte das JKI diese Auffassung in der formalen Ablehnung am 7.4.2009: »Der Widerspruch soll zurückgewiesen werden. Die begehrte Akteneinsicht zu dem Projekt: »Bundesforschungsprogramm zur Sicherung der Koexistenz« dürf-

te keine Umweltinformation im Sinne des § 2 Abs. 3 Umwelt-Informations-Gesetz darstellen. Es handelt sich vielmehr, wie bereits in dem Bescheid vom 27.02.2009 mitgeteilt wurde, um ein Forschungsprojekt.«

Die Rechtsauffassung der Behörde war abwegig. Das UIG unterscheidet nicht in offizielle Vorgänge und Forschungsarbeit. Auch Universitäten müssen ihre Forschungen offenlegen – und tun das auch. Den Vogel schoss der inzwischen für Deutschland in der EFSA sitzende Genversuchsleiter Christoph Tebbe vom Braunschweiger VTI ab. Er verweigerte einer Gärtnerin die Akteneinsicht und beschimpfte sie, als sie nach dem Grund fragte: »Die verstehen Sie sowieso nicht!«

Am 30.6.2009 verweigerte auch das für die Biosicherheitsförderung zuständige Forschungszentrum Jülich rechtswidrig die Akteneinsicht nach dem Umwelt-Informations-Gesetz (UIG). Nach Lage der Dinge werden alle Behörden erst Stück für Stück vor Gericht niedergekämpft werden müssen, bevor sie sich ans geltende Recht halten – eine für NormalbürgerInnen kaum finanzierbare und durchzuhaltende Hürde auf dem Weg zu einem gesetzlich garantierten Akteneinsichtsrecht.

treiber selbst, zudem neben ihnen weitere GentechnikbefürworterInnen und KollegInnen derer, die Versuche durchführen. Die genauen Abläufe werfen ein noch dramatischeres Bild auf die entscheidende Begutachtung: Die BVL-Beamten schreiben die Stellungnahmen des ZKBS und reichen diese zum Unterschreiben an ausgewählte Einzelpersonen aus dem erlauchten »Expertenkreis«.

Nicht besser sieht es in den bundeseigenen Fachanstalten aus. Munter forschen Julius-Kühn-Institut (JKI) und Von-Thünen-Institut (VTI) an der grünen Gentechnik. Ersteres wird bei den Genehmigungsverfahren beteiligt – also bei den eigenen Versuchen. Zudem ist das JKI Teil des wichtigsten deutschen Firmenverbundes BioOK, in dem etliche teure und riskante Versuchsfelder betrie-

ben werden. Eine am Genehmigungsverfahren beteiligte Bundesbehörde ist Teil eines kommerziellen Gentechnikbetreibers – da wundert die 100%-Quote der Genehmigungen nicht mehr.

## Bioparks und Gründerzentren

Versuchsfelder und Gentechnikfirmen ballen sich an drei Standorten, an denen mit Fördermillionen von Kommunen, regionaler Wirtschaftsförderung, Landes-, Bundes- und EU-Mitteln teure Einrichtungen entstanden sind, die offiziell der Gründung neuer Unternehmen dienen sollen. Tatsächlich ist das Geflecht der entstandenen Firmen aber eher ein-

fältig: Einige Namen von Angestellten und GeschäftsführerInnen tauchen immer wieder auf. Peinlich gestaltete sich auch der Auftritt der katholischen Kirche, deren Immobilienspekulant Gero AG den achten Schöpfungstag mit einem teuren Gentech-Laborgebäude im ersten der Bioparks vorbereitete. Standort war das IPK in Gatersleben, wo die Genversuchsfelder zudem eine wichtige Saatgutbank bedrohten. Erst eine beherzte Aktion von FeldbefreierInnen im April 2008 machte dem Treiben ein vorläufiges Ende – das Genweizenfeld wurde soweit zerstört, dass der Versuch abgebrochen werden musste.

Schon 2004 entstand ein zweites Zentrum, das AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz östlich von Rostock. Hier ging es ausschließlich um die Agrogentechnik – aber wieder direkt neben einer Saat-



Strafprozess um Feldbefreiung am Gen-Gerstenfeld in Gießen (Foto: J. Bergstedt, 26.8.2009)



DemonstrantInnen werben für die Gentechnik vor der BioTechFarm in Üplingen. Mehrfach bestätigten sie, für das Halten der Schilder Geld erhalten zu haben (Foto: J. Bergstedt, 19.4.2009)

gutbank, diesmal für Kartoffeln. Neuestes Projekt ist die BioTechFarm, ein in einem als Welt-Nachhaltigkeitsprojekt eingerichteten Schaugarten für grüne Gentechnik. Hier wird Wissenschaft nur simuliert – tatsächlich geht es mehr um Busfahrten und Propagandaveranstaltungen. Den Zugriff auf die Gebäude und Flächen des Stiftsgutes Üplingen erhielten die Gentechnik-Seilschaften über einen dort seit Jahren aktiven Mäzen aus dem reichen Westen, der das kleine Dorf in der Magdeburger Börde gesponsert hatte.

## Lobbyverbände: Trommeln für die eigene Sache

Neben den konkreten Orten gentechnischer Experimente und versickernder Steuermillionen haben sich zwischen Konzernen, Behörden und Forschungszentren zahlreiche Lobbygruppen und intransparente Treffpunkte gebildet. Durchführung, finanzielle Förderung und Kontrolle sind dort auch personell ein- und dieselbe Sache.

Im wichtigsten Lobbyverband pro Gentechnik sitzen Vertreter gentechnikbefürwortender Parteien und Organisationen einträchtig neben Beamten aus Behörden und Fördermittelvergabestel-

## Umkämpftes Gen-Gerstenfeld: Einblicke in die Praxis eines Versuchsfeldes

352.000 Euro erhielt die Justus-von-Liebig-Universität in Gießen 2005 aus den Mitteln des Sicherheitsforschungsprogrammes der Bundesregierung für ein dreijähriges Freilandexperiment. Nach eigenen Angaben wollten sie »die Frage klären, ob sich die gentechnisch veränderten Pflanzen negativ auf die für die Pflanzen wichtigen Bodenpilze, die Mykorrhiza, auswirken« (Gießener Anzeiger, 25.4.2006). Doch seltsam: Das Bodenleben interessierte sie gar nicht. Stattdessen konnten KritikerInnen nachweisen, dass Versuchsleiter Prof. Kogel an ganz anderen Dingen arbeitet: »Die Ergebnisse versprechen neue Möglichkeiten der Ertragssteigerung sowie eine Verbesserung der Widerstandskraft von Nutzpflanzen.« Das Label Sicherheitsforschung war nur vorgeschoben, um die Fördergelder zu kassieren. Ohnehin: Um die Sicherheit ihres Versuchs kümmerten sich die Forscher nur wenig. Ein Mäuseschutz wurde absichtlich ganz weggelassen – und in beiden Anbaujahren wuchs Gerste unkontrolliert außerhalb der gesicherten Zone. Doch all dieses hielt den Versuch nicht auf. Ab 2009 wurde er ein zweites Mal gefördert und trotz der schlechten Erfahrungen wieder genehmigt.

Anzeigen gegen die Versuchsleitung wegen Fördermittelmissbrauchs und Verstößen gegen das Gentechnikgesetz wurden von Behörden und Staatsanwaltschaften nicht bearbeitet. Die Aussaat am neuen Standort erfolgte Mitte Mai – wis-

senschaftlich kompletter Unsinn, da 2-3 Monate nach dem üblichen Gerstenaussaattermin. 1.400 Einwendungen wurden eingereicht, darunter umfangreiche Studien. Beachtet hat das BVL keine davon. Klagen waren nicht möglich, weil ausgesät wurde, bevor mögliche KlägerInnen überhaupt den Genehmigungsbescheid erhielten. Doch das Jahr verlief dramatisch: Zweimal wurden die Anlagen zerstört – Uni Gießen und die beauftragte Firma biovativ säten heimlich zwei Versuchsfelder aus. Das war eine Straftat mit bis zu drei Jahren Haftandrohung. Unter dem Aktenzeichen 476 Js 15017/09 ermittelt seitdem die Staatsanwaltschaft Rostock. Die Gentechnikseilschaften in Behörden bemühten sich dagegen um Vertuschung.

Die Öffentlichkeit betraten Kogel und MitarbeiterInnen in der Startphase des Versuchs nur mit schützenden Behauptungen neutraler Wissenschaft und notwendiger kritischer Begleitforschung. Doch das stellte sich schnell als reine Propaganda heraus: Kogel war und ist ein flammender Anhänger der grünen Gentechnik. Seit dieser Enttarnung scheut er das Licht der Öffentlichkeit ganz. Obwohl gesetzlich zur vollständigen Akteneinsicht verpflichtet, legte der Versuchsleiter nur eine frisierte Akte bereit.

Das Gerstenfeld ist ein prägnantes Beispiel für getarnte Produkt- und Methodenentwicklung unter dem Label der Sicherheitsforschung.

len, Landräten, aber auch den großen Konzernen und kleinen Newcomern der Gentechnik. InnoPlanta e.V. ist der lauteste und oft inhaltsleere Marktschreier für die uneingeschränkte Nutzung manipulierter Tiere und Pflanzen im Land und bezeichnet sich auf seiner Internetseite selbst als »Plattform zur Unterstützung von Landwirten, welche die Vorteile moderner Pflanzenbiotechnologie nutzen wollen«.

Dass im Vorstand einer solchen Plattform BASF, Bayer und viele kleine Firmen sitzen, die – mit Fördermitteln, die gepumpt – in den letzten Jahren ihr Geld als GentechnikerInnen versuchten, mag wenig überraschen. Was aber machen die Geschäftsführerin der regionalen Wirtschaftsförderung, der Vize des Landesbauernverbandes, ein Mitarbeiter des staatlichen JKI und ein Landrat im Vorstand? Warum agieren im Beirat ein ehemaliger Wirtschaftsminister und ein wichtiger Beamter der Bundesforschungsanstalt für Lebensmittel?

Insgesamt vereinigt InnoPlanta e.V. rund 60 Partner aus Forschung, Wirtschaft, Finanzen und Politik. Im Beirat sitzen Klaus-Dieter Jany (BfEL) und Jens Katzek (früher BUND-Gentechnikreferent, dann KWS-Sprecher, heute Chef der Gentechnik-Fördergesellschaft BIO Mitteldeutschland). Die Darmstädter PR-Agentur Genius, auch tätig für die öffentliche Darstellung des staatlichen Förderprogramms zur Biosicherheit, übernimmt als Mitglied PR-Aufgaben. Unter den weiteren Mitgliedern sind KWS, SunGene und TraitGenetics (Gatersleben), BIO Mitteldeutschland, der Landesbauernverband Sachsen-Anhalt, die Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ Quedlinburg, jetzt JKI) und das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK Gatersleben). Und man möchte auch schön unter sich bleiben: Nicht dabei sein dürfen Gentechnikkritiker. Am 2. September wurde der Autor der Schrift »Organisierte Unverantwortlichkeit« vom InnoPlanta-Chef Schrader von einer Tagung ausgeladen. Um jede Debatte zu unterbinden, wurde im gleichen Brief der Einsatz von Polizei angedroht, sollte der regulär als Teilnehmer Angemeldete dennoch erscheinen.



InnoPlanta-Forum am 7.9.2009, wie Firmenfahrzeuge (hier: Monsanto) dort auf den Hof fahren (Foto: J. Bergstedt)

## Bio-Sicherheitsforschung

Biosicherheit ist das geldschwerste Förderprogramm für grüne Gentechnik in Deutschland. Die Folge: Versuche, die mit Sicherheitsforschung nichts zu tun haben, werden trotzdem so deklariert. Tatsächlich wird aber an neuen Produkten oder Methoden geforscht. Das aber ist nichts anderes als Betrug und ein Fall für die Staatsanwaltschaft. Doch die RobenträgerInnen werden nicht vom Staat bezahlt, um solche Skandale aufzudecken. Bislang wurde keine Strafanzeige in diese Richtung verfolgt.

Auch von den Förderrichtlinien her sind die realen Versuche zur Biosicherheit nicht zulässig. Denn nach den Förderrichtlinien zum Biosicherheitsprogramm dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen Forschungen mit Pflanzen bezuschusst werden, die gar nicht für eine Markteinführung bestimmt werden. Am Beispiel der Versuche am Agrotechnikum ist aber zu sehen, dass die Ausnahme der Normalfall ist. Auszug von der Seite der versuchsdurchführenden Firma ([www.bioaktiv.de](http://www.bioaktiv.de)): »In 2009 sind in Groß Lüsewitz mehrere Freisetzungsversuche geplant. Bei den gentechnisch veränderten Pflanzen handelt es sich um Prototypen, bei denen verschiedene Fragestellungen untersucht werden sollen. In allen Fällen geht es um Sicherheits- und Begleitforschung. Bis auf eine gentechnisch veränderte Kartoffel ist bei keiner dieser Pflanzen daran gedacht, sie in den nächsten Jahren als Produkte auf den Markt zu bringen. Einige dieser Versuche werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms 'Biologische Sicherheitsforschung' gefördert.«

Alle Versuche zur Biosicherheit werden von ForscherInnen durchgeführt, die vorher schon das Ergebnis kannten – nämlich, dass ihre untersuchte Pflanze sicher ist. Das gilt selbst für den einzigen Versuch, bei dem überhaupt tatsächlich Umweltauswirkungen untersucht wurden: Dem Maisversuch der RWTH Aachen im Westen Braunschweigs. Versuchsleiter Stefan Rauschen sagte schon vorher: »MON810 ist wiederholt in seiner Sicherheit bewertet worden. Danach ist Pollen von MON810 im Honig genauso unbedenklich, wie der von jeder anderen zugelassenen Maissorte auch. Ich finde es in diesem Zusammenhang unredlich, davon zu sprechen, von diesem Pollen könne eine Gefahr für den Verbraucher ausgehen. Das ist abwegig.« (aus einem Brief vom 12.3.2009)



Bestelladresse für die Broschüre und Kontakt für Anfragen wegen Veranstaltungen, ReferentInnen usw. ist die Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/90382-3, Fax -5, saasen@projektwerkstatt.de.

Der Hang zu Intransparenz kennzeichnet die gesamte Gentechnikbranche. KritikerInnen werden als »unwissenschaftlich« oder »emotional« diffamiert – obwohl gerade die GentechnikbefürworterInnen mit den Mythen von Hunger, Nachhaltigkeit und Objektivität sowie den ständigen Polemiken gegen skeptische oder ablehnende Positionen jede Sachlichkeit vermissen lassen. Wenn das nicht reicht, folgen Ausgrenzung und juristische Maulkörbe. Wie lange das Spiel noch gelingt, hängt auch davon ab, ob aus der überwältigenden Ablehnung der grünen Gentechnik auch eine Protestkultur entsteht, die verhindert, was alle betreffen würde, aber ungefragt einfach ständig geschieht. Auch ob die panikgetriebenen Versuche, die Blicke hinter die Kulissen der deutschen Agro-Gentechnik per Justiz und politischen Seilschaften verbieten zu lassen, nicht am Ende ein Eigentor werden, ist offen. Spannende Monate stehen bevor. Die Zeit spielt für die Gentechnikkonzerne, weil sich die gentechnisch veränderten Organismen selbständig ausbreiten. Wer das verhindern will, muss handeln.

## Was nun? Was tun!

Dass 80 Prozent Ablehnung der grünen Gentechnik nicht reicht, ist offensichtlich. Immer neue Schreckensmeldungen zeigen, dass die Zahl unkontrollierbarer Auskreuzungen steigt. Das Beispiel des LL601-Reis zeigte, dass wenige Versuchsfelder reichten, um eine weltweite Streuung zu erreichen. Wer die grüne Gentechnik verhindern will, muss zumindest auch an die Orte gehen, die Quellen und Helfer der Verbreitung sind: Labore, Firmen, Felder, Behörden.

Ein Problem stellen auch die bisherigen Strategien des Protestes dar. Einige Umwelt-, Ökolandbauverbände und Naturkosthändler/-hersteller setzen stark auf unverbindliche Aufrufe. Doch mit Unterschriftenlisten, Mausclicks, Protestpostkarten, Spenden und korrektem Einkaufen lässt sich eine Technik nicht stoppen, deren Ausbreitungsprinzip selbständig läuft bis zur Gefahr exponentieller Zunahme der Geschwindigkeit von Auskreuzung. Solche Aufrufe tragen zur Verharmlosung der Lage und zur Ruhigstellung derer bei, die dringend lernen müssen, dass widerständiges Handeln notwendig ist. Verstärkend auf das Problem können Aufrufe zu mehr Sicherheitsforschung wirken, wie sie von Umwelt- und Ökolandbauverbänden in einer Presseerklärung am 21.7.2009<sup>1</sup> erhoben wurden. Denn in Deutschland werden fast alle Genversuchsfelder unter diesem Deckmantel versteckt. Zur Ausbreitung der GVO tragen sie genauso bei wie alle anderen Felder mit gen-manipulierten Pflanzen.

Draußen, wo die Felder angelegt werden oder die Seilschaften ihre Firmen und Häuser haben, entscheidet sich die Frage, ob gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel auch in Zukunft möglich sein werden. Zu den (völlig richtigen) Protestformen im Laden, in kommunalen und anderen Parlamenten und per öffentlicher Information muss daher die direkte Aktion kommen. Die grüne Gentechnik findet dann nicht statt, wenn niemand mehr Tiere und Pflanzen ausbringen kann oder will. Dazu beitragen können alle Menschen. Wem der Weg auf Äcker und Firmengelände zu waghalsig erscheint, kann trotzdem solche Aktionen unterstützen, z.B. rund um die Standorte die Menschen ansprechen. Das erzeugt Druck, während die Distanzierungserklärungen, die in der Vergangenheit viele Aktionen auf und an Feldern begleiteten, immer nur der bedrängten Gentechnikindustrie Luft verschaffen.

Wer Informationen über Aktionen zu den Feldern sucht, kann unter anderem die Internetseite [www.gentech-weg.de.vu](http://www.gentech-weg.de.vu) nutzen.

<sup>1</sup> <http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/gentechnik/einwendungen/sicherheitsforschung.pdf>

# BAYER

*Topthema im neuen Magazin*

## Verhütung mit tödlicher Gefahr!

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)  
[CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)  
 Postfach 150418  
 40081 Düsseldorf

**STICHWORT**  
**BAYER** *Konzernkritik konkret.*

**KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...**